

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

88 (13.4.1922) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 20 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruhern Abolagen abgeholt 18 M monatlich. — Einzelreprint 1 M. Ausgabe: Werks- und Mittagsausgabe. Geschäftsstelle: Karlsruher Straße 123; Redaktion: Karlsruher Straße 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelleite 2,40 M, auswärts 2,80 M. Die Reklamezeile 7,50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestelle 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Frankreich, der Störenfried Europas

Scharfe Kritik an der Haltung Frankreichs — Was plant Poincaré — Die Reparationskommission und Deutschland

Die deutsche Berichterstattung aus Genua

Unser Berichterstatter in Genua, der einen Teil der Vorarbeiten beendigt, schreibt uns:

In Genua hat es gleich am ersten Tage nicht geklappt. Die Konferenz ist zwar über eine gefährliche Klippe gut hinweg gekommen und die deutschen Zeitungen, die sehr viel Geld haben, sind von der ersten bis zur letzten Seite angefüllt mit Berichten über Sonderberichterstatter, aber dennoch ist ein Teil unserer Journalisten sozusagen „auf ihrem Verbeide“ geblieben, schimpfen sie immer noch fürchterlich. Was geschah denn? Die deutsche Delegation in Genua hat es gewagt, am ersten Konferenztag bald nach Schluß der Sitzung nach Berlin zu telefonieren und eine Mitteilung für sich zu beibringen. Aber trotzdem waren die Berliner Morgenblätter noch voll von Berichten.

Es ist richtig, daß die Presse nicht ausgeschaltet werden darf. Es ist eine politische Notwendigkeit, daß schnell und ausführlich berichtet werden muß über das, was sich tatsächlich ereignet hat. Es ist weiter richtig, daß von der deutschen Regierung leider nicht alle Vorkehrungen getroffen worden sind, um die Berichterstattungen dafür zu schaffen. Es gibt auch keinen Menschen, der es entschuldigend, daß das amtliche Telegrammbüro, die Rede Lloyd Georges nicht mehr rechtzeitig gemeldet und eine falsche Reihenfolge der Redner in der ersten Sitzung angegeben hat. Die deutsche Presse ist dadurch in eine unangenehme Lage gegenüber der Presse der anderen Länder gekommen. Aufgabe der Regierung ist es, die Schuldfrage zu untersuchen und dafür zu sorgen, daß solche schweren Verfehlungen in Zukunft vermieden werden.

Aber was geht das alles Herrn Schmod an? Was hat er mit der Rede Lloyd Georges zu tun? Es wäre eine Verschwendung, eine Summe, wollen wir unseren Lesern Stoff geben aus den spaltenlangen sogenannten Stimmungsbildern der bürgerlichen Presse geben. Ein Dünkeldal am Tage wird der blaue Himmel Italiens, das blaue Meer, die blühenden Wälder, der Anzug Lloyd Georges, der Hut seiner Tochter, die Wägenkutschner, die Schiffe und die ähnelnde Pflichtenmäßigkeit, wie Lloyd Georges seinen Anzeiger auf- und abließ, nur noch nicht gesehen, wenn er einen bestimmten Ort aufsucht. Falls das darauf zurückzuführen ist, daß der englische Premier an einer Verstopfung leidet, so empfehlen wir ihm dringend, die Lektüre der Berichte des Herrn Schmod im bürgerlichen Wäldchen.

Angesichts dieser Berichterstattung muß es schon überaus stark an, wenn man der Regierung Vorwürfe darüber macht, daß die Rede Lloyd Georges nicht rechtzeitig gemeldet wurde und daß sie den Druck für sich auch beansprucht, wenn es notwendig ist. Wenn die wenigen Verbindungen Genua-Berlin tatsächlich keine vernünftige Berichterstattung zustande kommen, aber nur das! Dies unerhörte Übermaß des Drabes mit so unangenehm kummern Zeug bedeutet geradezu eine Erbrechungs- und weniger begüterten Presse, die es sich nicht leisten kann, jeden Tag Leitartikel von 300 Zeilen Länge sich telefonieren zu lassen und täglich Zehntausende für die Berichterstattung in Genua aufzuwenden. Gestützt auf ihren Geldsack hätten Teil der großen bürgerlichen Presse stundenlang die Zeitungen besetzt und läßt einfach niemanden anders zu Worte kommen. Jedes Solidaritätsgefühl mit der kleinen Presse, über deren Not die große mandral Tränen vergießt, geht verloren. Senfation ist dieser kapitalistischen Presse alles, selbst die ernste Angelegenheit der Welt, von Senfation lebt sie, für Senfation stirbt sie!

Die erste Sitzung der Kommission für Wirtschaftsfragen

Genova, 12. April. Heute vormittag fand die erste Sitzung der Kommission für Wirtschaftsfragen statt. Sie wurde von dem italienischen Delegierten Olivetti eröffnet, der auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Nationen, das freie Spiel der Kräfte und die beste Ausnutzung der natürlichen Reichertums hinwies. Olivetti schlug als Vorsitzenden den Franzosen Colrat und als dessen Vertreter Seydoux vor. Diefen Vorschlag schlossen sich die Engländer und die Belgier an. Colrat die erste und Seydoux die zweite Kommission alsbald eine Unterkommission zu bestimmen. Auf eine von Holland eingebrachte und von Norwegen und schließlich auch von England unterstützte Anregung, beschloßen, daß die kleinen Staaten fünf Vertreter haben sollen. Nach einer Unterbrechung der Sitzung wurden als Vertreter des kleinen Staaten 5 Angehörige der Staaten Norwegen, Schweden, Dänemark, Rußland und Lettland ernannt. Die Unterkommission wird am Samstag zu ihrer ersten Sitzung zusammenkommen.

Eine Denkschrift über die Wirtschafts-tage Deutschlands

Berlin, 12. April. (Privattelegramm.) Nach einer Mitteilung der „Volkischen Zeitung“ aus Genua übergeben die deutschen Delegierten in der Eröffnungssitzung der Wirtschafts-kommission die große deutsche Denkschrift. Wie verlautet, enthält

die Denkschrift nach Darlegung der Wirtschaftslage Deutschlands den Vorschlag, eine internationale Anleihe im Namen Deutschlands mit Genehmigung der Entente-mächte aufzunehmen.

Die italienische Presse anerkennt Dr. Wirths Auftreten und kritisiert die Franzosen

Genova, 12. April. Heute vormittag hat der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen und der Außenminister Ruffini dem Reichskanzler einen Besuch abgestattet. Dr. Rathenau wohnte der Unterhaltung bei. Eine größere Anzahl von italienischen Mäthern hebt mit Befriedigung hervor, daß die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth den großen Vorzug gehabt habe, jeden Anstoß zu vermeiden und Wirths keinen Anlaß zum Einhalten zu geben. Das Auftreten Rathens wird dagegen vielfach kritisiert. So schreibt die „Stampa“: Frankreich ist von der Verantwortlichkeit seiner Sache durchaus überzeugt. Sein Auftreten ist auch juristisch gerechtfertigt, aber weder menschlich noch humanitär. — „Gittabino“ bemerkt: Rathens Rede fand nur bei den Franzosen Beifall. — „Gazzetta del Popolo“ sagt: Die Franzosen haben sich vollständig isoliert. Auch die kleine Entente ist ihnen nicht beigegeben. Rathenau ist nicht in das Netz geraten. — „Paese“ spricht von der Bismarckschen Gewaltpolitik Frankreichs. — „Corriere della Sera“ bemerkt in seiner Besprechung der Eröffnungssitzung: Alles gegenwärtige Unheil kommt nicht vom Kriege, sondern von der Idee, daß die rote Gewalt die Welt regieren kann.

Scharfe französische Kritik an dem Verhalten der französischen Delegation

Paris, 12. April. Der „Populaire“ schreibt zu dem Zwischenfall Barthou-Schiffscherrin, Barthou sei es durch sein dreimaliges Eingreifen gelungen, einen Skandal hervorzuufen, um Frankreich zu isolieren. Durch sein Eingreifen habe er in den Gemütern aller Völker tiefer als je die Heberzeugung verankert, daß das Frankreich des nationalen Wills sich systematisch jeder Beschränkung der Aufrüstungen in Europa widersetze und widerlegen werde. Darüber habe er Trost auf ausgezeichnete Gründe geliefert, seine Note Armees zu behalten.

Der Sonderberichterstatter des „Gevre“ in Genua schreibt, Frankreich könne ruhig Schranken nach allen Seiten aufbauen, die Tatsachen würden es eines Tages zwingen, an die grundlegenden Leuten heranzugehen, ohne deren Regelung in Europa nicht von Bestand gewant werden könne. Man müsse befürchten, daß an diesem Tage, wenn Frankreich noch einmal erklärt, Deutschland müsse alles herstellen, Europa das antworten werde: Die Reparationen werden alle Abkommen zugrunde richten, die wir in Genua so mühsam geschaffen haben. Von den Reparationen hatte in Genua gesprochen werden können und das hat ihr nicht gewollt. Dann würde Frankreich vollständig isoliert und abgemäht dastehen.

„Gevre Nouvelle“ findet, daß einer der großen Erfolge des Tages Schiffscherrin zuzuschreiben sei, der die Aufrüstungsfrage auf den Tisch geworfen und angeboten habe, mit dem eigenen Lande den Anfang zu machen. Barthou habe mit solcher Ungeschicklichkeit geantwortet, daß das Gerücht der brutalen Aufrüstung Frankreichs bereits Amerika und andere Länder durchdringen müsse.

Ein Vorschlag Lloyd Georges — 10 Jahre Pause in den Aufrüstungen?

Paris, 12. April. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ will erfahren haben, daß Lloyd Georges einen Vorschlag, eine Aufrüstungspause von 10 Jahren einzutreten zu lassen, in Genua einbringen werde. Lloyd Georges würde in Genua eine Androhung über die allgemeine Aufrüstung vermeiden, aber indem er alle dazu aufordert, sich gegenseitig für 10 Jahre ihre Grenzen zu garantieren, hoffe er, allen Kräfte, die in Europa für die allgemeine Aufrüstung arbeiten, einen ungeheuren Antriebs geben zu können.

Sowjet-Rußland und die Aufrüstungsfrage

London, 12. April. Der sehr gut unterrichtete „Standard“ schreibt dem „Daily Chronicle“ aus Genua, Rußland habe nicht nur die Bedingungen von Cannes angenommen, sondern auch dadurch, daß es sich bereit erklärte, abzurufen, die europäischen Aufrüstungsanhänger ihrer hauptsächlichsten Vorwände für die Aufrüstungen beraubt. Lloyd Georges habe in Genua vor aller Welt vollkommen als Aufrechterhalter der Aufrüstungen und der Aufrüstungsfrage gezeichnet. Lloyd Georges habe Schiffscherrin zurechtgewiesen wegen seiner Taktik, die wahrscheinlich den Franzosen zugute gekommen wäre, aber nicht wegen seiner Ideen.

Wollen die Bolschewisten die Schulden des zaristischen Rußland anerkennen?

Paris, 12. April. Wie der Sonderberichterstatter des „Journal“ aus Genua meldet, würden die Bolschewisten in dem Wiederaufbauplan der russischen Delegation u. a. vollkommen

die Schulden der alten Regierung bei den Alliierten anerkennen, aber Zahlungsaufschub verlangen. Sie würden ein Gesetz erlassen, um die Sicherheiten der Kapitalien und der geschäftlichen Transaktionen zu gewährleisten; dauernde und unbeschränkte Konzessionen würden nicht erteilt, sondern zeitlich und örtlich begrenzt für industrielle, wirtschaftliche und Bergwerksbesitz.

Die Reparationskommission will ihre gemeingefährliche Politik fortsetzen

Paris, 12. April. Poincaré empfing heute mittag den deutschen Botschafter Dr. Mayer.

Paris, 12. April. Die Agentur Havas meldet: Im Verlaufe der beiden heutigen Sitzungen setzte die Reparationskommission die Prüfung der Antwort des Reichskanzlers Dr. Wirth auf die letzte Note über die deutschen Zahlungen und Einrichtung einer Kontrolle fort. Die Kommission einigte sich grundsätzlich darüber, der deutschen Regierung abermals eine Note zugehen zu lassen. Der Text dieser Note soll im Laufe des morgigen Tages endgültig festgelegt werden. Die Kommission wird vormittags 10 Uhr wieder zusammentreten. Es beschäftigt sich, daß die Kommission bei ihrer früheren Entscheidung bleibt, durch die Deutschland ein Moratorium bis zum 31. Mai gewährt wird, unter dem Vorbehalte der Feststellung, zu dem genannten Zeitpunkt, ob der vorläufige Aufschub befristet werde oder nicht. Da die Reparationskommission sich daher an ihre Note vom 31. März gebunden erachtet, wird sich Deutschland, so schlecht die Sachanmeldung, verpflichtet sehen, zu dem vorgezeichneten Termin, nämlich am 15. April und am 16. Mai die von ihm verlangten Zahlungen zu leisten, die sich befristlich für den ersten Termin auf über 18 Millionen und für den zweiten Termin auf 15 Millionen Goldmark belaufen.

Vor einem neuen brutalen Gewaltakt Frankreichs?

Der „Frankfurter Zig.“ meldet ihr Pariser Korrespondent: In hiesigen politischen Kreisen wird die durch die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Reparationskommission in Verbindung mit den neuerlichen bedauerlichen Beschlüssen in Oberösterreich geschaffene Lage als sehr ernst angesehen. Die nationalpolitischen Kreise, die bereits seit einiger Zeit selbst auf die Gefahr eines Bruchs mit England hin auf ein selbständiges Vorgehen in der Reparationsfrage drängen, halten den Zeitpunkt für eine entscheidende Aktion offenbar jetzt für gekommen. Bei dem Charakter Poincarés, gegen den von der äußersten Rechten schon lange der Vorwurf der Passivität erhoben wird, liegt jedenfalls der Versuch, die gespannte Lage im Innern durch ein außenpolitisches Abenteuer zu entladen, nicht außerhals des Bereichs der Möglichkeit. Wenn auch anzunehmen ist, daß die Reparationskommission weiteren Verhandlungen zunächst nicht die Tür verschlossen wird, muß doch für die nächste Zeit von Paris her mit der Möglichkeit von Entscheidungen gerechnet werden, die nicht nur für Deutschland eine sehr ernste Lage schaffen, sondern darüber hinaus zu einer schweren Gefährdung des europäischen Friedens führen könnten.

Daß in den nationalpolitischen Kreisen Frankreichs Pläne, wie dem Frankfurter Blatte berichtet wird, gehegt werden, glauben auch wir. Diese gewalttätigen Tendenzen, die Poincaré und seine vertraute Umgebung beherrschen, dürften unter Umständen durch die Verhandlungen in Genua verstärkt werden, besonders, wenn die französische Delegation weiter so auftritt, wie ihr Wortführer Barthou am Eröffnungstage. Frankreich ist der Störenfried Europas, der nach großes Unheil über die europäischen Völker bringen kann.

Kommunisten und deutscher Eisenbahnerverband

Die Morgenausgabe der Berliner „Noten Blume“ vom 11. April bringt unter der Überschrift „Organisierte Kommunisten im D.E.B.“ eine Notiz, in der behauptet wird, der Verbandstag des Deutschen Eisenbahnerverbandes war ursprünglich auf Mai ds. Js. angesetzt, wurde aber aus Furcht vor der Opposition bis zum September vertagt. Das es mit dieser Behauptung auf sich hat, beweist die Tatsache, daß nach § 27 der Satzungen des D.E.B. alle zwei Jahre eine ordentliche Generalversammlung stattfinden hat. Die letzte tagte vom 12. bis 18. September 1920 in Dresden. Die Einberufung der jetzt fälligen Generalversammlung für die Zeit vom 10. bis 16. September in München beweist, daß der Vorstand nach den Satzungen handelt. Schließlich wird dem Vorliegenden Scheffel unterstellt, daß er in einer Berliner Versammlung erklärt haben soll, er und seine Richtung seien in der Minderheit. Demgegenüber genügt es, darauf hinzuweisen, daß unter 78 Mitgliedern des erweiterten Vorstandes genau vier Kommunisten sind.

Diese wenigen Minderheiten dürften genügen, um zu zeigen, in wie unerhörter Weise die „Noten Blume“ sich täglich bemüht, mit den verwerflichsten Mitteln die Mitglieder des D.E.B. gegen ihren Vorstand aufzuheben.

Bayerisch-Tiroler Königstum

(Von unserem Münchener Korrespondenten)

Der Bayerische Seimat- und Königstumsbund des Separatisten Dr. Seim hat sich erlaublich schnell über Bayern verbreitet. Er hat bereits Kreisverbände geschaffen, eine Landeskonferenz einberufen und einen Aufruf an das bayerische Volk erlassen, der von dem in der Urgeschichte des Landes angestammten Haus Wittelsbach, dem starken Volkskönigstum, dessen Geschichte es lebendig zu erhalten gelte, spricht.

Die aus dieser Bewegung für die deutsche Einheit entstehende Gefahr kann aber erst im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in Bayern und Tirol gewürdigt werden. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die Arbeitsgemeinschaft zwischen kirchlichen „Königsbündlern“ und rechtsbolschewistischen Separatisten diesseits und jenseits der alpbayerischen Grenze hergestellt ist. Die Sozialdemokratische Partei hat das Material, das die Anknüpfung der monarchistischen Fäden zwischen Bayern, Tirol und Salzburg zur Gründung eines südbösterreichischen kirchlichen Königstums von Frankreichs Gnaden, feststellt, bereits den bayerischen Amtsstellen zugeleitet. Sie hat darauf verzichtet, dieses Material der Öffentlichkeit zu übergeben, da die im Februar getroffenen Maßnahmen zu ungeheuerlich sind. Der Ministerpräsident ist unterrichtet und trägt jetzt die volle Verantwortung. Die Dinge liegen aber trotz aller Tuscheln und aller Geheimniskrämerei völlig klar:

Die bayerischen Monarchisten können keine Hoffnung hegen, die Wittelsbachische Dynastie im Rahmen des großdeutschen Volksstaates wieder in ihre Rechte einzusetzen; um so eifriger sind sie am Werk, die deutsch-österreichischen Anschließgebiete für ein südbösterreichisches Königstum unter Wittelsbachischer Flagge zu gewinnen. Sie sind auf begeisterte Gegenliebe der antisozialistischen Parteien Tirols, Vorarlbergs und Salzburgs gestoßen. Der Anschließgedanke an Bayern sitzt dort in den Köpfen so fest, daß an eine Rekonstitution der Südbayern nicht mehr zu denken ist. Das Wittelsbacher Königstum wird mundgerecht gemacht durch die Wendung „Zusammenschluß mit Bayern unter vorübergehender Trennung vom Reich“. Am bayerischen Hof wird Deutschland wieder genehmigt, rief der Redner des Andreas-Hofer-Bundes in München am 7. April 1922 in den Saal des Vaterländischen Festabends der Tiroler, zu dem Prinz Alfons und die gesamte in München ihre Pension verzehrende Generalität erschienen war. Geheißt versteht man die Stimmung im Volk für den Zusammenschluß mit Tirol vorzubereiten: Müll und Starkbier! Die Tiroler „Speckbacher Kabelle“ in alttiroler Tracht mit hohen Hüften und roten Westen marschiert auf, Tiroler Trachtenvereine wirken in ihren historischen Kostümen durch den Saal, das „Andreas-Hofer-Lied“ wird in die Wände gemauert — und der Boden zur Abkehr zum nächsten Norden und zum Frontwechsel nach dem stammverwandten Süden unter dem Geleit des „altantiquarischen Füllensbundes“ ist bereitet.

Tatsächlich sitzt der großbayerische Gedanke fest, vor allem in den Köpfen der ehemaligen bayerischen Einwohnerveteranen und der immer noch bis an die Zähne bewaffneten Tiroler „Heimwehr“. Das Ziel dieser Verbände ist, die beiden Länder als Glieder ihrer angelegentlich zentralisierten Staaten nicht zur Ruhe kommen zu lassen und fortgesetzt gegen Wien und Berlin aufzufortieren, die Sozialdemokratie aber als die Bringerin allen Übels hinzustellen und so die Bevölkerung für die Abstimmung zur südbösterreichischen Monarchie reif zu machen.

Ganz in diesem Sinn arbeitet der „Tiroler Seimatwehrgesellschaft“ vom März dieses Jahres, der unter der Ueberführung „Von unseren Feinden im eigenen Land“ Lügen verbreitet über die Aufstellung von „Arbeiterregimenten“ in Innsbruck und Landeck, die in Nachahmung der Volkswirtschaften sogenannter „Zündabteilungen“ gebildet hätten. Zweck dieser Abteilungen sei es, den Bauern den roten Salon aufs Dach zu setzen. Also

auch hier das Bestreben: Aufpeitschung des milde gewordenen Volkes zur Trennung vom „roten“ Berlin und Wien, Bereitstellung zur Tat! Die „Innsbrucker Volkszeitung“ nennt das Ziel dieser Propaganda mit düren Worten: „Zerreißen Deutschlands, Abtrennung von Bayern, Wiederaufrichtung einer südbösterreichischen Monarchie unter den Wittelsbachern und Anschluß der österreichischen Alpenländer“. Die Tiroler Arbeiter verlangen mit Recht, daß sie nicht in der Stunde der Gefahr mit Weisheiten gegenüber den bis auf die Zähne bewaffneten weißen Gardisten Dr. Seidle gegenüberstehen und fordern ihre Arbeitskollegen auf, unter keinen Umständen die Waffen für die kommende Auseinandersetzung aus der Hand zu geben. Andererseits wird die neu geschaffene Konfliktstimmung lediglich auf eine künstliche Wache der monarchistischen Drahtzieher zurückgeführt.

Die Tiroler und die bayerische Arbeiterchaft hat mit Recht erkannt, daß die Erhaltung der großdeutschen Einheit nur möglich ist, wenn es ihnen gelingt, in der Südbösterreich des deutschen Sprachgebietes eine in den Rahmen Großdeutschlands eingegliederte freie Arbeiter- und Bauernrepublik zu schaffen. So sagt das oben erwähnte Innsbrucker Blatt: „Unsere Bauern wissen ganz genau, daß ihnen die Arbeiter nichts tun, und die Arbeiter wissen ganz gut, daß ihnen die Bauern auch nichts tun. Beide Stände sind die Träger der Volkswirtschaft, sie sind die zwei Hauptgruppen, die produktive Arbeit leisten. Sie müssen zusammenstehen zur Erhaltung des Staates.“

Der vernünftige Teil der südbösterreichischen Bauernschaft muß wissen, daß die Wiederherstellung der wittelsbachischen Monarchie über Bayern und die österreichischen Anschließgebiete nur verwirklicht werden kann gegen den äußersten Widerstand der Arbeiterchaft, mit Flinten und Kanonen; er muß wissen, daß die Arbeiterchaft ganz Deutschlands die Erhaltung des großdeutschen Volksstaates als eine Frage von allergrößter Bedeutung ansieht, derzufolge sie den Schraubstock unter Umständen mit dem Schießprügel zu veranschaulichen gewillt ist — dann wird er sich wohl überlegen, sich von husterlichen Lakonikern in den Vorderkrieg begeben zu lassen. Auch die christliche Arbeiterchaft wird seinen Augenblick zweifeln, ob ihr Platz an der Seite der Männer des Königreichs von Frankreichs Gnade ist, bei den Seim, Pittinger und Dr. Seidle, oder bei dem einzigen großdeutschen Volksstaat und seinem Reichskanzler Dr. Brüning.

Badische Politik

Zum Stand der Brotversorgung

wird aus maßgebenden Kreisen berichtet, daß die Brotversorgung für das laufende Wirtschaftsjahr als durchaus gesichert angesehen werden kann. Als Gesamtbedarf des Wirtschaftsjahres sind 4,6 Millionen Tonnen Getreide errechnet; davon sind durch Umlage rechnungsmäßig 2,5 Millionen Tonnen und durch Aufkäufe im freien Verkehr 2,1 Millionen Tonnen zu decken. Von der Umlage sind jetzt 2.429.000 Tonnen aufgebracht; das sind 97 Prozent der Anforderung. Außerdem wurden im Inlandsvertrieb 180.000 Tonnen aufgefahrt, während 1.650.000 Tonnen Auslandgetreide eingeführt wurde, bezw. zurzeit auf der See für deutsche Bedienung schwimmt.

Ueber die Getreidebewirtschaftung für das kommende Wirtschaftsjahr werden unmittelbar nach Ostern die Verhandlungen zwischen dem Reichsernährungsministerium und den Länderregierungen aufgenommen. Der Widerstand gegen das Umlageverfahren ist besonders bei den Großgrundbesitzern Norddeutschlands ein sehr energischer. Die Organisations der Landwirtschaft wollen ihrerseits mit einem Vorschlag auf Schaffung einer Getreidebehörde bei der neuen Ernte durch freiwillige Ablieferungen herauszutreten. Wenn dieser Weg sich als gangbar erweist, dann wäre er sicherlich dem zwangsbefehligen Umlageverfahren vorzuziehen. („Karlshauer Zeitung“)

Die Teuerung in Baden

Die Teuerung geht in scharfem Tempo weiter. So stieg von Anfang Februar bis Anfang März ds. Js. nach dem Stat. Mitteltendenz der Preis für ein Pfund Brot in Mannheim von 1,97 M auf 3,47 M, in Karlsruhe von 2 M auf 3,44 M, in

Freiburg von 2 M auf 3,40 M, in Pforzheim von 2 M auf 3,50 M, in Heidelberg von 2,08 M auf 3,40 M, in Konstanz von 2 M auf 3,33 M, in Baden-Baden von 1,97 M auf 3,43 M. Ebenso haben die Milch-, Fleischpreise usw. gewaltig angezogen. Die Teuerungszahlen von 62 badischen Gemeinden, welche den Aufwand für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie darstellen, sind gleichfalls nach in die Höhe gegangen. Die Reichsindexziffer stieg von 198 im Februar ds. Js. auf 292 im März ds. Js., d. h. um 47,5 Prozent. Die badische Landesindexziffer erhöhte sich in derselben Zeit von 202 auf 293, also um 45,5 Prozent. Beachtenswert ist, daß die badische Landesindexziffer an sich schon höher und außerdem noch stärker gestiegen ist wie die Reichsindexziffer. Die Mannheimer Indexziffer stand am 1. April ds. Js. auf 305, d. h. die in diese Statistik einbezogenen Lebensbedürfnisse kosten heute 30,5 mal soviel wie vor dem Kriege; gegenüber dem Vormonat ist eine Steigerung um 2,3 Prozent eingetreten.

Diese Zahlen lassen deutlich erkennen, wie sich die Lebenshaltung der breiten Masse der Bevölkerung immer mehr verschlechtert. Denn die wenigsten Gehalts- und Lohnempfänger werden ihre Bezüge seit 1914 um das 30-fache, oder seit dem Vormonat um 2,3 Prozent gesteigert haben. Das Einkommen ist also im Verhältnis weit niedriger wie jenes von 1914. Das Geschäft von den hohen Gehältern und Löhnen ist also wirklich weiter nichts wie eine Lebensart.

Elektrizitätsversorgungskomitee Badenwerk

und Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (Reag)

Man schreibt uns: Bekanntlich ist das Badenwerk ein halb staatliches, halb privates Unternehmen, d. h. der badische Staat ist als Aktieninhaber mit einer Anzahl Aktien beteiligt; hat jedoch ein gewisses Vorkaufsrecht vorzubehalten über den festgesetzten Ausbau und die innere Organisation. Das Badenwerk ist in Stromversorgungsbezirke eingeteilt. In den einzelnen Bezirken sind technische Büros eingerichtet, die die Anlagen und den Ausbau der Zuführungen und Verteilungsnetze sowie den Anschluß der einzelnen Anlagen und der Ökonome zu projektieren, den Bau zu beaufsichtigen und nach Fertigstellung durch die div. Unternehmer zu prüfen und abzurechnen haben.

Es ist nun eine eigenartige Erscheinung, daß bei der Leitung des Badenwerks sowohl als auch bei den Bezirksstellen mehr und mehr Beamte, die ehemals Angestellte der Reag waren, besonderen Vorkurs genießen; auch dann, wenn über ihre Eignung oder ihre fachliche Tüchtigkeit mancherlei Zweifel laut werden. Um ein klares Bild zu erhalten, muß man die Dinge etwas näher betrachten: so ist z. B. der erste Direktor ein ehemaliger Beamter der Reag, der zweite Direktor ein ehemaliger Beamter der Reag, der Vorstand der Ortsgruppen ein ehemaliger Beamter der Reag, der Vorstand der Hochspannungsabteilung ein ehemaliger Beamter der Reag usw.

Wer eine andere Ansicht vertritt oder nicht nach dem System dieser ehemaligen Reagbeamten arbeitet, die übrigens wieder Beamter sind, dem ist ein Vorkaufsrecht unmöglich. Man hat in den Bezirken der Angestellten des Badenwerks, besonders bei denen die Badenere liegen, das Gefühl, als ob dem tieferen Adeligen die Gestalt der Dinge mittelbar ausgedrückt wird, ist unverständlich. Als großes Unternehmen hat die Reag natürlich ein Interesse daran, bei den Ausführungen in erster Linie berufsmäßig auszuführen. Dies ist beim Vorhandensein derart günstiger Umstände leicht zu erreichen.

So wird von Interesse sein, was uns aus dem Gebiet Unterbaden berichtet wird:

Ein gewisser Herr Kurz, vor einigen Wochen noch Leiter der Reag, hat beim Badenwerk nach der Abreise der Oberingenieur Gruppe 6 begehrt, der sich den Titel Oberingenieur selbst eigenhändig erteilt hat, ist in Tauberbischofsheim ein Regiment aus, das in Anbetracht der dort herrschenden Aufregung unter der Bevölkerung doch einmal einer aufmerksamen Beachtung und Prüfung der leitenden Stelle bedarf. Dieser Herr soll seine Nachbetrachtung so weit gebracht haben, daß er z. B. bei einer Abnahme von Ortungen durch hierzu beauftragte Beamte seinen Mitarbeitern den Auftrag gab, die Einkünfte der Beteiligten zu verdecken. Er hat dann später Einkünfte genommen, in dem der Revisionbeamte die Einkünfteprüfung als Gefährlichkeit vorantreibt. Der Zweck dieses Verfahrens ist, die Einkünfte der Beteiligten zu verdecken. Er hat dann später Einkünfte genommen, in dem der Revisionbeamte die Einkünfteprüfung als Gefährlichkeit vorantreibt. Der Zweck dieses Verfahrens ist, die Einkünfte der Beteiligten zu verdecken. Er hat dann später Einkünfte genommen, in dem der Revisionbeamte die Einkünfteprüfung als Gefährlichkeit vorantreibt. Der Zweck dieses Verfahrens ist, die Einkünfte der Beteiligten zu verdecken.

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadgeschichte

Von Anna Croissant-Muß

(Fortsetzung)

Am Abend, als der Dede und die Tante schliefen, das Mordmännchen aber sein volles Herz nicht zur Ruhe zwingen konnte, setzte es sich hin und schrieb an die teure Freundin, die Krinolinelin.

„Wessen das Herz voll ist, dem geht der Mund über. Ich muß es in Dich ausschütten, geliebteste Freundin meiner Seele: ich habe mich heute verlobt!!! Du kennst ihn und kennst ihn vielleicht nicht mehr; ein, so wie er ist, kennst Du ihn nicht, und ich will Dir von vornherein nicht verraten, wer es ist. Du weißt, daß ich von jeher die geistlichen Quantitäten hoch einschätzte, das Heisliche ist mir Lebenssache, darum ist eigentlich auch nicht so viel an seiner Neuzähligkeit. Irdische Schönheit brauche ich darum nicht bei ihm anzustreben. Dafür trägt er den Stempel höherer Gedankenfluges schon von außen aufgedrückt, und das schlug mich von Anfang an in Fesseln. Meine schwärmerischen Intentionen befruchtete er also vollauf, auch die raudere Männlichkeit und das Zielbewußtsein ist ihm an der Stirne geschrieben.“

Er ist ebenfalls bewandert in Schiller, Goethe und dem Theater, und so kann ich Dir nur zurufen: „Wende mich Feuer! und erkenne die Magie darin, daß ich mich rettungslos in ihn verlor, obwohl ich es nicht merken ließ, und er es dennoch erkannte. Ach Dine, kommst Du ihn leben und seinen Geist! Außerdem hat er ein Geschick, fast schauderhaft, und ein Konversationsgenosse auf Abzahlung, was obligat viel mehr ist, als äußere Schönheit. Wenn Du nicht jetzt gewiß, wenn er auch kein Adonis ist — Du denkst jetzt gewiß an jenen, der mich auf dem Eise gefährt, und den Du geliebt hast? er ist die geworden und trinkt, und der Meiner ist mir lieber.“

Ich habe ein köstliches Vorgefühl, als müßte ihn der Papa nicht so nach seinem vollen Werte beurteilen — wärst Du doch hier, daß ich mein Herz manchmal austreten könnte — (bei ihm allein kann ich das doch nicht, es muß auch nach der anderen Seite geschehen). Du hast ferner eine merkwürdige Anbetung gemacht in Deinem letzten Brief, als wollest Du Deine Tätigkeit nicht mehr auf dem Lande ausüben, seit Dir eine alte Vöge gestorben ist, und als wollest Du eine Stelle annehmen? Frage

doch mich um Rat, rede nicht so hinten herum, ich kann so was nicht leiden. Willst Du am Ende gar hierher? Oder hast Du gar schon eine Stelle? Kommt Du, wenn ich haben will? Dann wirst Du ihn ja leben.“

Schreibe aber klar, daß ich weiß, woran ich bin. Ich umarme Dich als Deine überglückliche

Rosine, noch 3 Wochen, später 6... e, Du weißt trotzdem nicht, wer es ist!!! Nicht ganz so überstürmend gebürdet hat der Fritz! im Gegenteile, er war der Jungfrau, seiner verlobten Braut, die ihm die Dede zu fünf Mark angehängt, gar nicht grün. Da hatte auch der Teufel die Hand im Spiel gehabt, daß es zu einer Verlobung gekommen war! Recht galt es, da es so weit gekommen war, die Sache als Philosoph aufzulösen. Und um sich zu helfen, sagte er vor sich hin: — Reminiszenzen aus dem Konversationslexikon — Philosophen sind: Vogel, Hühner, Schleiernatter, Feuerbach, Hartmann und andere. So will ich machen wie die, und werde deshalb meinen Mann stellen.“

Als er am nächsten Sonntag um drei Uhr das Haus Mahn betrat, angetan mit dem schwarzen Anzug, dem Zylinder und neuen Schuhen, angetan bei der Firma Karon Mahn, schloß der Dede nicht, wie das Rosinche verheißt, sondern er war hellwach und sah den Besuch mit dem Rosinchen sehr mißvergnügt an, erwiderte den Reiz des Herrn Fritz Glode, Jean Kessers Nachfolger, mit einem dito Krachfuß, der eher einer Verpötlung gleichkam, und brüllte sich, nachdem er ihn exekutiert, allsogleich ins Hinterzimmer. Die Tante war ganz perplex und ließ ihre großen runden Augen totlos an ihm auf- und absteigen. Ein Besuch im Hause Mahn? Was wollte er? Es kamen Besuche ins Haus Mahn.

Diese ganze, ihm fast feindliche Atmosphäre witterte der Fritz heraus, das machte ihn sofort befangen. Ueberhaupt die ganze Luft vom Fritz bis oben in die Stuben, der Duft des ganzen reichen aufgestapelten Krams hatten ihn vorhin beim Eintritt schon überwältigt und — wer glaubt's! — der Fritz war genau wie ehemals die Krinolinelin eine Zeit lang im Haus für gehalten, ehe er es gemerkt hatte, die Tante hinauszugehen. Es war da ein undefinierbares Etwas, nicht der vereinigte Geruch der großen imponierenden Vorräte allein, es war da noch etwas Hintergründigeres, ein verborgenes, verdecktes Klingeln wie von Goldstücken; das ganze gut gehaltene Haus mit den Treppenläufern und den bunten geblitzten Stiegen hatte

nicht bloß die Vöge seiner Bürgerlichkeit, für den Fritz hatte es mehr, fast etwas Aristokratisches, Beklemmendes, und das „Dede“ aus der Obsterlebe bekam auf einmal einen Schwere über seine Brust. Verlobter, er, der Waisenvogel mit den drei müßigen Vätern, die sich verlobten, wenn man ihnen nur forschte, mit dem allen schamhaften, zerfetzten Händchen als Mutter, Verlobter, richtiger Verlobter einer Tochter aus dem Hause Mahn?

Das machte ihn linksich, und als er dazu noch droben den Allen mit den bösen mißtrauischen Augen trat, und das Rosinchen ihn ganz fremd behandelte, verlor er allen Boden. Ueberlegenheit von seiner Paßigkeit oder gar von „die Färbung übernehmen“ keine Spur. Dafür mußte jetzt das Rosinchen sorgen.

Es ist so schönes Malheur, wenn es Jhne keine Malheur-tatione macht, könnten mir uns drauße a bißl erache,“ meinte diplomatisch die Tochter des Hauses. Und er, in dem halbkreisförmigen gegen die Sonnenstrahlen verwahrten, gediegenen Zimmer mit den tiefen Rücken sich ganz und gar auf schwebendem Bein ein sitzend und dem Willen erliegend, sagte sofort zu, fragte und schabte als Zustimmung auf dem Teppich, obwohl ihm nicht ferner lag, als sich mit Karon Mahns Tochter zu zeigen.

Das Rosinchen band nunmehr die Hände des Herrchen unter dem Kinn zusammen, nahm ihren Knieker, ein Sonnenfächer, grün von Farbe und mit Franzen, das schon das schöne Malche fertig gehabt, das aber noch „fast wie neu“ war, und folgte dem Fritz, der sehr ungeremoniell dem Ausgang zustrebte.

Auf der Straße war der Alp und Spud wieder von ihm geworden, er war jeder Zoll der Reiter Fritz Glode, Jean Kessers Nachfolger, und fuhr demgemäß das Schlossenträchtige Paßier fort an: „Sie (er sagte wieder „Sie“), warum kam Sie zum Gahnen Valeren nicht gejagt von der Verlobung und dem allen Frauenzimmer da? Dan? Tuat man so, wenn man verlobt ist? — Und was kam S' denn für a G'Preis g'habt, daß eine Verlobung is und loan Verlobt? Des macht' i schon wissen, is aber Gott, was sagädte dann Ziel und was reißdte so wüßd' überpäßig! Ich kann's nit börel! Das ich die verlobt gleich zu proklamieren die Verlobung in der Familie? Das warst doch in der Wohnstube, und die Verlobt kommt doch in die Wohnstube! Es is a Verlobt, und das alle des Leben hängt di mit in dich ein, Fritz, alle Zeit sollen's sehn, ich bin die Braut.“

(Fortsetzung folgt)

Reaktionäre Hege gegen die Maifeier in Baden-Baden

Die Partei und die Gewerkschaften in Baden-Baden beabsichtigen, die diesjährige Maifeier zu einer großen Friedenskundgebung und Demonstration der Arbeiterklasse für soziale und kulturelle Forderungen zu gestalten. Die sozialistische Arbeiterpartei der Umgebung, auch die Arbeiterpartei aus den Industrieorten des Murgtals, will sich an dieser Kundgebung beteiligen. Die reaktionären Kreise in Baden-Baden, die Nationalisten und Befürworter der zahllosen Parastaten, Schieber, Kriegs- und Nachkriegsgewinnler fürchten, daß die famosen patriotischen Gefühle dieser Gesellschaften durch die Proleten verletzt werden könnten. Sie hegen deshalb in der ihnen besonders nahegelegenen Badener „Morgenzeltung“ gegen die Maifeier. Ein Herr Dr. B. besorgt das in dem genannten Blatte u. a. wie folgt:

„Mögen die Taten des Verfälscher Schandvertrags noch so sehr auf uns drücken, jedenfalls haben die Sozialdemokraten das Gebot der Stunde richtig erfaßt — sie feiern — Ganz gleich, ob sie von der ganzen Welt ausgelacht werden, ob das Wahnen von internationaler Völkerverbrüderung oder nicht — trotz Reparationsnoten — trotz drohenden Einmarsches der Franzosen ins Ruhrgebiet, — trotz Teuerung und Not und Elend — sie feiern!

Bei uns in Baden-Baden haben, wie wir erfahren haben, die Gewerkschaften die Pflicht, ihre Blamage vom 8. März wieder auszuwaschen. Am 1. Mai sollen von auswärts eine große Menge Demonstranten zugesogen werden, um dem Völkertum die Achtung vor der Gewerkschaft wieder beizubringen, die am 8. März verloren ging.

Es liegt wohl in der Natur der Sache, daß fremde Demonstrationen immer leichter zu Aufschreitungen neigen als einheimische, besonders wenn sie feierlich, doch keine genügende Macht vorhanden ist, solchen Treiben entgegenzutreten.

Wir machen die Bürger von Baden-Baden, denen daran gelegen ist, daß der Fremdenverkehr bei uns nicht durch unvernünftige Umtriebe empfindlich geschädigt wird, darauf aufmerksam, daß es allerhöchste Zeit ist, sich zusammenzuschließen. Ebenso machen wir die Behörden darauf aufmerksam, was zum 1. Mai in Baden-Baden geplant ist und fordern sie auf, rechtzeitig für ausreichende Polizeikräfte zu sorgen, damit jede Ungeheuerlichkeit im Keime erstickt werden kann.

Den Gewerkschaftsführern scheint es nicht darauf anzukommen, das Wohl unserer Väterstadt und damit das Wohl aller hier tätigen Menschen zu berücksichtigen, sondern ihnen ist der Machtmißbrauch und das Freigeist in allererster Linie maßgebend. Erwähnen wir uns daran, daß im vorigen Jahre die Herren Müller in der Großen Woche nicht einmal davor zurückschreckten, ihren Demonstrationsslogan ins Kurhaus fortzuführen und sogar auch dort ihre lächerlichen Schlagwort-Reden fletzen!

Was das Mägdchen über den Generalkrieg vom 8. März für Ansichten äußert, interessiert uns höchstens vom pathologischen Standpunkt aus. Denn wir vermögen den Widerspruch nicht zu lösen, daß gewisse Herrschaften noch jetzt in der Erinnerung an jenen Tag einen zornigen Kopf kriegen und daß die „Morgenzeltung“ mit dieser aufgeschwemmten Empörung nun schon einen Monat lang ihre Spalten füllt, — während an diesem 8. März, nach der Beantwortung derselben „Morgenzeltung“, doch eigentlich gar nichts besonderes los war. Denn wenn sich etwas von Bedeutung zutagegetragen hätte, könnte man

doch nicht von einer Blamage der Gewerkschaftsführer sprechen! Wir glauben aber, diese konfuse Ansicht über den Baden-Badener Generalkrieg konnten sich bei dem Berichterstatter der „Morgenzeltung“ nur festsetzen, weil er, wie jener Herr in Amerongen bei kritischen Situationen, sich am 8. März etwas weit vom Schuß hielt und noch nichts von jener Courage verspürte, die ihn und andere jetzt so auffallend besetzt. Ja, Herr Dr. B., wenn Sie glauben, es sei den Gewerkschaften am 1. Mai um Ihre Achtung und die Achtung des hinter Ihnen stehenden Bürgertums zu tun, so müssen Sie sich erst mal anständige politische Kampfmethoden an- und das Davonlaufen abgewöhnen!

Aus diesen Zeilen spricht die schlatternde Angst, das schlechte Gewissen und erzklerikale, junkerliche Auffassungen in schönster Eintracht. Was die Bürger von Baden-Baden angeht, so halten wir sie doch für zu klug, um sich vor den Karren norddeutscher Blauschlüßler spannen zu lassen. Schrei nach der Polizei aber haben wir selbst an geeigneter Stelle einer aufmerksamen Beachtung empfohlen. Immerhin hat man nun die Absichten für die diesjährige Baden-Badener Maifeier kennen gelernt.

Der Hinweis auf die ersten Zeiten — Reparationsnoten — drohender Franzoseninvasion im Ruhrgebiet, ist für Baden-Baden vollends überflüssig. Oder glaubt die „Morgenzeltung“ etwa an eine Wirkung ihrer Mahnung bei jenen Herrschaften, die die Schieber- und Foulzeiger-Deien mit patriotischen Gefühlen (unter dem Beifall der „Morgenzeltung“) einweisen, und die uns in der Saison einen Panzerzug-Ziegler-Möbel und eine Modenschau nach der anderen beschicken?

Wir haben kein Wort des Protestes gehört, als am Abend des Oppauer Unglücks ein köstliches Lustspiel über die städtische Bühne ging und als man für die Oppauer Opfer als „Wohltätigkeitsfest“ einen veritablen Ball für die oberen Zehntausend arrangierte — trotz der ersten Seiten! Was jedoch dem deutschen Ansehen mehr nützt, dieser Tanz um das goldene Kalb mit den auf den Hotels flatternden schwarz-weiß-roten Fejen, oder die Friedenskundgebung der organisierten Arbeiterpartei, das überlassen wir getrost dem Urteil derjenigen Leute, die das Denken noch nicht verlernt haben.

Wir könnten nun noch einiges darüber erzählen, wie die „Morgenzeltung“ auf die Inzeratensuche bei den — freien Gewerkschaften ging und dabei eine nicht gerade schöne Konkurrenz gegen ihre beiden hiesigen bürgerlichen Schwestern trieb, aber es schaubert uns, in diesen Sumpf hinabzusinken.

In die gesamte Arbeiterpartei in Baden-Baden sowohl wie an die der Umgebung, besonders auch des Murgtals, ergeht nunmehr erst recht das Gerüden, in Massen an der Kundgebung am 1. Mai in Baden-Baden sich zu beteiligen — den Reaktionären zum Trotz. Mögen sie gemeinsam mit der pressenden und schwellenden Gesellschaft, die sich in großen Scharen in der Väterstadt herumtreiben und dem anständigen, wirklich zu Weltweiden in Baden-Baden weisenden Publikum ebenfalls ein Greuel und Scheuel sind, großen und loben — sie sollen das freilich demonstrierende Proletariat sehen, das Not leidet, während die Herrschaften sich schwellenden Genüssen hingeben.

Auf, in Massen, zur Maifeier in Baden-Baden!

Aber es ist nicht allein dieser Umstand, der zu Bedenken Anlaß gibt. Der hierdurch geschaffene Zustand trägt dazu bei, das Ansehen der Behörde in Mitleidenschaft zu ziehen; denn die Verlagerung unter der Bevölkerung sucht sich bereits Luft gegen die Behörde zu machen. Dieser Herr unternimmt es auch, gegen andere Beamte, die nicht mit seinen Methoden verträglich sind, einmündig Unterfütterung durch Herrn Rechtsanwalt Bopp in Baden-Baden, der als Beistand des Justizrats des Ober-Kräftwerkes für allerlei Beschlüsse, einen tüchtigen erfahrenen Juristen, unter seine Botmäßigkeit bringen möchte. Dabei ist ersichtlich, welcher ungemessenen Förderung sich die Schlingel des Herrn Bopp erfreuen. Sie dürfen sich die tollsten Sprünge erlauben. Es wäre einmal interessant zu hören, was die Zeitung des Badenwertes zu diesen Dingen zu sagen hat, denn diese scheinen sich zu einem Skandal auszuwaschen.

So steht z. B. in einem Schreiben, das die Badische Elektrizitätsversorgung Badenwert, Laubersbachschheim, Ges. Kurz, an die Neug-Laubersbachschheim unterm 28. Februar 22 sendet: „Es dürfte Ihnen zur Genüge bekannt sein, daß Sie eine Anzahl Aufträge, teils für Großabnehmer oder für uns direkt, durch unser Zutun erhalten haben. Weiter können wir Ihnen versichern, daß wir mindestens ebenso gut und sicherlich billiger mit einer mittleren, kleineren Firma arbeiten, denn die Leistungen Ihres Personals lassen, wie Ihnen selbst bekannt ist, sehr viel zu wünschen übrig.“

Wenn dann weiter festgestellt wird, daß Herr Kurz für den Kauf von Motoren Sondergebühren fordert oder der Neug für Lieferleistungen einen Bauaufschlag gewährt, alles Dinge, die keine Berechtigung haben, die Stromabnehmer jedoch veranlassen, Widerspruch in die Geschäftsführung beim Badenwert zu setzen, so muß, falls man Wert auf ein öffentliches Vertrauen legt, einmal von diesen Stellen nach dem Rechten gesehen werden. Dies ist, wie gesagt, um so notwendiger, als es sich um ein Institut mit immerhin amtlichem Charakter handelt, an dem die Allgemeinheit stark interessiert ist.

Es darf nicht dahin kommen, daß durch eine gewollte oder ungewollte Mißbräutig der Interessen, die es in rein materiellem oder verwaltungsmäßigem Sinne dieses Unternehmens den Händen des Staates ganz entwunden und der Privatwirtschaft zugeführt wird.

für unsere Frauen

Die Kulturwoche vom 6. April 1922

Man schrieb den 6. April 1922, 3 1/2 Jahre nach dem Ausbruch der deutschen Revolution war es. Da erfodert die Kulturwoche im Reichstag einen großen Sieg. Das gesamte Bürgertum stimmte dem Antrag des Hauptauschusses nieder, daß für weibliche Beamte und Hilfskräfte die Lasten der unehelichen Mutterpflicht als solche nicht Grund zur Entlassung oder Ansetzung eines Disziplinarverfahrens sein und daß die Beförderung einer Ehefrau zur Beamtin lediglich aus diesem Grunde nicht abgelehnt werden dürfe. So beruht die bürgerliche Mütterpflicht auf der Bewirkung des Gesetzes der Reichsreformgesetzgebung. Die Mutterpflicht hat Anspruch auf den Schutz und die Förderung des Staates, und der unehelichen Kindern und durch die Befreiung der gleichen Bedingungen für ihre weibliche berufliche und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Unsere Abgeordnete, Frau Schuch, fand den Satz: „Die Mutterpflicht ist das Heiligste, was es gibt.“ Den Bürgerlichen ist nicht die Mutterpflicht, sondern das unbedingte Festhalten an den überlieferten Vorurteilen das Höchste, was es gibt. Heute, wo einem großen Teile der arbeitenden Massen durch die wirtschaftliche Verteuerung und durch die entsetzlichen Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens die Geschäftsführung beinahe unmöglich gemacht ist, ist die freie Mutterpflicht für viele Mütter das einzige Mittel, den Zweck und die Bestimmung ihres Lebens zu erreichen, die Mutterpflicht. Wir möchten aber noch ein anderes hinzufügen: Solange nicht die Arbeitslosenparagrafen aufgehoben sind, darf man denjenigen, der den Gehalt seiner Familie, seinen Vorwurf machen. Mit dieser Bemerkung möchten wir uns indes nicht dem Vorwurf aussetzen, wir würden die Abtreibung verteidigen. Wir stellen nur fest, daß angesichts des bornierten Standpunktes der Reichstagsmehrheit die Mutter werdende Beamtin geradezu zur Abtreibung gezwungen wird, um ihre Stellung nicht zu verlieren! So treibt die soziale Stellung der Bürgerlichen die Mutter werdende Beamtin geradezu zur Abtreibung.

So schließt diese pharisäische und heuchlerische Haltung die Reichstagsmehrheit einseitig wird verurteilt, ledig zu gebären, denn man bestreift abdann die Mutter mit Entlassung; andererseits aber bestreift man auch die Verbindung der Geburt — als Abtreibung! In dieser Gegenüberstellung ist das Ausmaß jener bürgerlichen Scheuerei genügend gekennzeichnet.

Wir bedauern, die sogenannte demokratische Partei im bürgerlichen Jungfrauenverein vorzufinden. Für jeden wahrhaftigen Sozialisten und fortschrittlich denkenden Menschen ist es nun gewissermaßen eine Frage der Ehre, die Sozialdemokratie für Kulturforderungen keine Schritte mehr zu tun. Was soll nun aus der Reform des Ehegesetzes werden?

Wahrscheinlich, alle aufrecht freimütlich und zeitlich Denkenden in der ganzen Welt haben in das „Aus Zeit“ eingeschrieben, mit dem die gesamte sozialistische Linke die Ablehnung des waghastig menschlichen Antrages begrüßte.

Dr. D. Marx (Heidelberg).

Mitglieder-Versammlung des Badischen Lehrervereins

Karlsruhe, 12. April.

Der Badische Lehrerverein hielt im Anschluß an die öffentliche Hauptversammlung seine geschlossene Mitglieder-Versammlung ab. Die Entscheidung über die Neugestaltung der Lehrervereinigung fand einstimmige Annahme. Sie lautet:

Die Umgestaltung der Lehrervereinigung ist unbedingt Voraussetzung für eine vertiefende Wirkung der Volksschule und damit wesentlichen Erfordernis für den geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes. Die öffentliche Hauptversammlung hebt die dringende Forderung, daß Baden in der Verwirklichung des Artikels 143, 2 der Reichsverfassung aufschleichende Schritte unternimmt.

Der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Hauptlehrer Hoffmann des Vereins in einhelliger fessender Rede über die Tätigkeitsstellung nach zu dem Brennpunkt des Interesses stehenden internen Vereinsangelegenheiten, wie Dienstprüfung, Stellenbesetzung, Pensionierung, Hinterbliebenenversorgung, Gesundheitsfragen, übertrug.

Der neue Etat verlangt eine Neueinstellung jeder einzelnen Lehrkraft nach der Schulreform in in aller erster Reihe eine neue Ausbildung mit Gemüt und Willen. Der Redner wies die sich mit viel mehr Selbstbewußtsein einstellen sollen in die Vereinsarbeit, als die Berufsgemeinschaft, die für uns im Vordergrund stehen muß, das Selbstbewußtsein zu pflegen und das Privatleben einer strengen Prüfung zu unterziehen. Nirgend

ist das „laß sie jaire, laß sie jaire“ verhängnisvoller als bei der Moral des Jugendzweckes. Seit Euch befehlt der schweren Zukunft Eure Berufsgemeinschaft läßt Euch den tiefen Sinn erkennen, geht nicht nur Euch kleinen Kreis, jetzt die Auswirkungen Eures Berufes und geht vor allem ein, daß der kategorische Imperativ: „Gehöre du das menschliche Geschlecht erst für die Pflicht und dann erst für das Wohl“ auch für die Selbstziehung gilt. Große Forderungen an die Zeit verlangen, daß man großen Erwartungen entspricht. Weidet nicht den Umoang mit den Kollegen! Wisst, daß Euch dort, wo Ihr mandant die Kollegen nicht vertritt, ein warmes Herz für Euch schlägt. Glaubte unsern Leitern, daß auch sie in ihrer Jugend sich manches Wort haben gefallen lassen müssen. Wir haben aber immer wieder erfahren, daß es nicht die schimmlichen waren, die uns auf unsere Fehler hingewiesen haben und so, meine jungen Freunde, richtet Euch in Euch die Bitte und den Wunsch: „Seid, was! — Am Mittwoch fand die Tagung ihren Abschluß.

Kleine badische Chronik

a. Murgenturm, 11. April. Wegen Umgehungssteuerhinterziehung wurden zwei hiesige Kaufleute vom Finanzamt Karlsruh zu empfindlichen Strafen verurteilt; es erhielt A. Dahringer 8000 M und J. Raub 7000 M Geldstrafe. Letzterer hatte schon einmal wegen der Einkommensteuer einen Fleckjettel erhalten. Die Herren mögen sich doch ein Beispiel an den Lohnempfängern nehmen, dann kommen sie nicht in solche Verlegenheiten; oder haben die Herren vergessen, die Umgehungssteuer auf ihre Waren zu schlagen?

Reudert, Amt Pruskal, 11. April. Sonntag, 9. April ds. Jrs. fand im Saale der Wirtschaft „Petere“ in Reudert die 28. ordentliche Generalversammlung des landw. Konsum- und Arbeitsvereins statt. Der 1. Vorstand, Hubert Heil, begrüßte die 120 erschienenen Mitglieder. Darauf besprach der Vertreter des Verbandes, landw. Genossenschaft, Karlsruhe, Oberrevierforstmann den Rechnungsbuch und Revisionsbericht für das Geschäftsjahr 1921 und war daraus ein Dünge- und Futtermittelbezug von rund 200 000 M bei einem Reingewinn von 348 M zu entnehmen. Nach Entlassung des Vorstandes, Erledigung der Erbschaften, besprach der Verbandsvertreter wichtige genossenschaftliche Tagesfragen, ermahnte besonders zu der für unser Volk so dringenden notwendigen Produktionssteigerung, und empfahl die Anpassung der Geschäftsanteile an die heutige Geld-

entwertung. Einstimmig wurde die Erhöhung der Geschäftsanteile auf 100 M bei 50prozentiger Verzinsung für das einzelne Mitglied und der Beitritt zur Bad. landw. Hauptgenossenschaft und Bad. Landwirtschaftsbank beschlossen.

Heidelberg, 12. April. Nachdem die Schleppflotte im Neuen oberhalb der Eißmühle gestern zum zweitenmale geritten ist, ist der Rheinisch-Schleppdampfer „Wajel Nr. 9“ mit drei Schleppern von Mannheim nekaraufwärts gefahren und will versuchen, infolge des günstigen Wasserstandes, bis Heilbronn zu gelangen. Das seltene Erscheinen eines Rhein-Schleppzuges wurde von der Bevölkerung am Neckar mit Rührschwenken begrüßt.

Heidelberg, 12. April. Der Präsident des deutschen Reichstags, Gen. Loeb, sprach gestern abend auf Veranlassung unserer Partei im Saale der Stadthalle über die gegenwärtige Lage Deutschlands und die Sozialdemokratie.

Vom Rhein, 12. April. Belohnung? Ein Badler Blatt teilt mit, daß der Eisenbahnbeamte, der seinerzeit den vom Heiner Klotz herbeigeführten Felsblock so rechtzeitig bemerkte, daß der Badler Schnellzug noch angehalten werden konnte, wodurch namenloses Unglück verhütet wurde, nunmehr von der Eisenbahndirektion in Karlsruhe eine Belohnung von 3300 M erhalten hat. Das Blatt nennt diese Belohnung bei dem heutigen Geldwert schäblich angesichts des großen Unglücks, das unbedingt eingetreten wäre, wenn der betr. Bahnbeamte nicht so wachsam gewesen wäre. Von der Summe seien aber auch noch 10 Prozent Steuern abgezogen worden! (Oberbad. Vbl.)

Freiburg, 11. April. Milchverkehr. Mit Rücksicht auf den in letzter Zeit erheblichen Rückgang der Milchlieferung einzelner Gemeinden (die Gemeinde Rehen liefert seit 1. d. M. überhaupt nichts mehr ab) fand eine scharfe Kontrolle der liefernden Betriebe statt. Die Kontrollen waren von Erfolg. Mehr Aufhalter der Gemeinden Ober- und Niederrimingen und neun Aufhalter der Gemeinde Rehen kamen zur Anzeige, weil sie ihre abzuliefernde Milch zum Teil verbutterten oder im Sälzhandel veräußerten. Polizei und Genbarmerie ist auch weiterhin zur scharfen Kontrolle angewiesen.

* Juristische Ausbildung. Nachdem sich die informatorische Fernstudienprüfung von Rechtsstudierenden bei den Amtsgerichten bewährt hat, wurde vom Justizministerium, um den Studierenden auch die Möglichkeit zu geben, einen Einblick in das Rotariats- und Grundbuchwesen zu erhalten, die Ermächtigung zur Annahme von Rechtsstudierenden zur Beschäftigung während der Ferien auf die Rotariate ausgedehnt.

* Für den freien Rhein. Die Bewegung zugunsten des freien Rheins nimmt in der Schweiz ständig zu. In Zürich, Basel, St. Gallen, Schaffhausen und an anderen Orten haben Volksversammlungen stattgefunden, die vom Bundesrat nachdrücklich das Festhalten an der bisherigen Rheinpolitik verlangt und Nationalrat Gelpke als Vollkämpfer für den freien Rhein zum Vergleich auf die von ihm eingereichte Demission in der internationalen Rheinkommission aufforderte. Der schweizerische Bundesrat wird sich in seiner Haltung auf eine einseitige Volksmeinung stützen können.

Offenbacher Lederwaren

noch sehr preiswert
Geschw. Lämme Kronenstr. 51
Damentaschen, Brieftaschen, Besuchstaschen, Berufstaschen, Aktenmappen, Schulranzen.

Mitglieder-Versammlung des Badischen Lehrervereins

Karlsruhe, 12. April.

Der Badische Lehrerverein hielt im Anschluß an die öffentliche Hauptversammlung seine geschlossene Mitglieder-Versammlung ab. Die Entscheidung über die Neugestaltung der Lehrervereinigung fand einstimmige Annahme. Sie lautet:

Die Umgestaltung der Lehrervereinigung ist unbedingt Voraussetzung für eine vertiefende Wirkung der Volksschule und damit wesentlichen Erfordernis für den geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes. Die öffentliche Hauptversammlung hebt die dringende Forderung, daß Baden in der Verwirklichung des Artikels 143, 2 der Reichsverfassung aufschleichende Schritte unternimmt.

Der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Hauptlehrer Hoffmann des Vereins in einhelliger fessender Rede über die Tätigkeitsstellung nach zu dem Brennpunkt des Interesses stehenden internen Vereinsangelegenheiten, wie Dienstprüfung, Stellenbesetzung, Pensionierung, Hinterbliebenenversorgung, Gesundheitsfragen, übertrug.

Der neue Etat verlangt eine Neueinstellung jeder einzelnen Lehrkraft nach der Schulreform in in aller erster Reihe eine neue Ausbildung mit Gemüt und Willen. Der Redner wies die sich mit viel mehr Selbstbewußtsein einstellen sollen in die Vereinsarbeit, als die Berufsgemeinschaft, die für uns im Vordergrund stehen muß, das Selbstbewußtsein zu pflegen und das Privatleben einer strengen Prüfung zu unterziehen. Nirgend

Kleine badische Chronik

a. Murgenturm, 11. April. Wegen Umgehungssteuerhinterziehung wurden zwei hiesige Kaufleute vom Finanzamt Karlsruh zu empfindlichen Strafen verurteilt; es erhielt A. Dahringer 8000 M und J. Raub 7000 M Geldstrafe. Letzterer hatte schon einmal wegen der Einkommensteuer einen Fleckjettel erhalten. Die Herren mögen sich doch ein Beispiel an den Lohnempfängern nehmen, dann kommen sie nicht in solche Verlegenheiten; oder haben die Herren vergessen, die Umgehungssteuer auf ihre Waren zu schlagen?

Reudert, Amt Pruskal, 11. April. Sonntag, 9. April ds. Jrs. fand im Saale der Wirtschaft „Petere“ in Reudert die 28. ordentliche Generalversammlung des landw. Konsum- und Arbeitsvereins statt. Der 1. Vorstand, Hubert Heil, begrüßte die 120 erschienenen Mitglieder. Darauf besprach der Vertreter des Verbandes, landw. Genossenschaft, Karlsruhe, Oberrevierforstmann den Rechnungsbuch und Revisionsbericht für das Geschäftsjahr 1921 und war daraus ein Dünge- und Futtermittelbezug von rund 200 000 M bei einem Reingewinn von 348 M zu entnehmen. Nach Entlassung des Vorstandes, Erledigung der Erbschaften, besprach der Verbandsvertreter wichtige genossenschaftliche Tagesfragen, ermahnte besonders zu der für unser Volk so dringenden notwendigen Produktionssteigerung, und empfahl die Anpassung der Geschäftsanteile an die heutige Geld-

Offenbacher Lederwaren

noch sehr preiswert
Geschw. Lämme Kronenstr. 51
Damentaschen, Brieftaschen, Besuchstaschen, Berufstaschen, Aktenmappen, Schulranzen.

Mitglieder-Versammlung des Badischen Lehrervereins

Karlsruhe, 12. April.

Der Badische Lehrerverein hielt im Anschluß an die öffentliche Hauptversammlung seine geschlossene Mitglieder-Versammlung ab. Die Entscheidung über die Neugestaltung der Lehrervereinigung fand einstimmige Annahme. Sie lautet:

Die Umgestaltung der Lehrervereinigung ist unbedingt Voraussetzung für eine vertiefende Wirkung der Volksschule und damit wesentlichen Erfordernis für den geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes. Die öffentliche Hauptversammlung hebt die dringende Forderung, daß Baden in der Verwirklichung des Artikels 143, 2 der Reichsverfassung aufschleichende Schritte unternimmt.

Der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Hauptlehrer Hoffmann des Vereins in einhelliger fessender Rede über die Tätigkeitsstellung nach zu dem Brennpunkt des Interesses stehenden internen Vereinsangelegenheiten, wie Dienstprüfung, Stellenbesetzung, Pensionierung, Hinterbliebenenversorgung, Gesundheitsfragen, übertrug.

Der neue Etat verlangt eine Neueinstellung jeder einzelnen Lehrkraft nach der Schulreform in in aller erster Reihe eine neue Ausbildung mit Gemüt und Willen. Der Redner wies die sich mit viel mehr Selbstbewußtsein einstellen sollen in die Vereinsarbeit, als die Berufsgemeinschaft, die für uns im Vordergrund stehen muß, das Selbstbewußtsein zu pflegen und das Privatleben einer strengen Prüfung zu unterziehen. Nirgend

Kleine badische Chronik

a. Murgenturm, 11. April. Wegen Umgehungssteuerhinterziehung wurden zwei hiesige Kaufleute vom Finanzamt Karlsruh zu empfindlichen Strafen verurteilt; es erhielt A. Dahringer 8000 M und J. Raub 7000 M Geldstrafe. Letzterer hatte schon einmal wegen der Einkommensteuer einen Fleckjettel erhalten. Die Herren mögen sich doch ein Beispiel an den Lohnempfängern nehmen, dann kommen sie nicht in solche Verlegenheiten; oder haben die Herren vergessen, die Umgehungssteuer auf ihre Waren zu schlagen?

Reudert, Amt Pruskal, 11. April. Sonntag, 9. April ds. Jrs. fand im Saale der Wirtschaft „Petere“ in Reudert die 28. ordentliche Generalversammlung des landw. Konsum- und Arbeitsvereins statt. Der 1. Vorstand, Hubert Heil, begrüßte die 120 erschienenen Mitglieder. Darauf besprach der Vertreter des Verbandes, landw. Genossenschaft, Karlsruhe, Oberrevierforstmann den Rechnungsbuch und Revisionsbericht für das Geschäftsjahr 1921 und war daraus ein Dünge- und Futtermittelbezug von rund 200 000 M bei einem Reingewinn von 348 M zu entnehmen. Nach Entlassung des Vorstandes, Erledigung der Erbschaften, besprach der Verbandsvertreter wichtige genossenschaftliche Tagesfragen, ermahnte besonders zu der für unser Volk so dringenden notwendigen Produktionssteigerung, und empfahl die Anpassung der Geschäftsanteile an die heutige Geld-

Offenbacher Lederwaren

noch sehr preiswert
Geschw. Lämme Kronenstr. 51
Damentaschen, Brieftaschen, Besuchstaschen, Berufstaschen, Aktenmappen, Schulranzen.

Die Aufnahme von Steuerüberzahlern (Anwärtern für Obersekretärstellen in der Besch. und Verkehrssteuerverwaltung) ist durch das Reichsfinanzministerium bis auf weiteres gesperrt.

„Barmherzigkeit“

Fr. 11. April. Ein fast ungläubiger Vorfall hat sich am Freitag hier zugetragen. Ein Dienstmädchen im benachbarten Oberaden war in geeigneten Umständen und wurde plötzlich von Geburtswunden überrascht.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 13. April

Geschichtsblätter

13. April. 1568 Gift von Nantes. — 1695 † Der französische Dichter Jean de La Fontaine in Paris. — 1789 † Der Dichter Chr. D. Schubart in Sontheim.

Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes

Der Strombedarf der Stadt Karlsruhe nimmt immer mehr zu. Im Jahre 1916 betrug die Stromerzeugung 10.813.700 kWh, während sie im Jahre 1920/21 auf 17.626.200 kWh stieg.

Der Stadtrat glaubt nun, von größeren Projekten, wie die Errichtung einer Wasserkraftanlage, vorerst absehen zu müssen, sondern eine vorübergehende Regelung zu treffen, bis eine bessere Lösung eine Unberücksichtigung der Verhältnisse ermöglicht.

trägt, das Aldial auf die Möglichkeit der Gewinnung ausweichender Kraft zu untersuchen. Das Ergebnis war, daß wohl eine Gefällestufe von rund 100 Meter auszubauen wäre, die daraus gewonnene Kraft aber den heutigen Bedürfnissen der Stadt nicht mehr genügt.

Volkswirtschaftlich betrachtet, tritt die Wasserkraftanlage in den Vordergrund, was aus folgender Aufstellung über den Strompreis sich ergibt: Er beträgt bei Erweiterung des eigenen Werks durch Dampfmaschinen 1,27 M. beim nach Zählung des Anlagekapitals 96 M., durch Dieselmotoren 1,54 M. beim 1,11 M., bei Errichtung des Wasserkraftwerks im hiesigen Gebiet 1,12 M. beim 83 M., im Gesellschaftsbetrieb 1,38 M. beim 64 M. und bei Bezug von Badenwerk 1,36 M.

Karlsruher Wochenmarktpreise von 1914, 1921 und 1922

Wie herrlich weit wir es gebracht haben und in welcher Überaus „großen Zeit“ wir leben, zeigt ein Vergleich der Karlsruher Wochenmarktpreise von 1914 mit denjenigen von 1921 und 1922. Nach den Mitteilungen des Städt. Statistischen Amtes betragen die Preise am

Table with 3 columns: Item, 6. April 1922, 6. April 1921, 3. April 1914. Rows include Calf meat, Pork, Beef, etc.

Schülerausflugsfestern der Freien Turnerschaft Karlsruhe e. V. Am vergangenen Sonntag begingen die Abteilungen Mühlburg und Weststadt der Freien Turnerschaft die Schülerausflugsfestern ihrer Schüler und Schülerinnen.

Das Programm war ein vielversprechendes und so von vornherein die Gewähr geboten, einige schöne Stunden gewöhnen zu können. Stunden, die ausschließlich der Jugend gewidmet waren. Den Auftakt gab der Ruderklub des Vereins „Thor“.

Auch die Abteilung Weststadt, die ihre Feier im „Waldenberger Hof“ abhielt, konnte sich eines guten Besuchs erfreuen. Die Veranstaltung nahm einen guten Verlauf. Neben den Weststädtern kein geeigneter Saal zur Verfügung.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Karl Röderer von Odenheim, Hilfsarbeiter hier, mit Anna Rogel von hier. Hermann Schäfer von Heidelberg, Mechaniker hier, mit Anna Dief von Heidelberg. Hugo Bernhäuser von hier, Fabrikant in Durheim, mit Gertrud Junner von Brunnshausen.

Brahms-Fest in Karlsruhe

Von außen gesehen ist das Leben des Komponisten Johannes Brahms, der sich langsam durchgesetzt hat, ereignislos. In Hamburg ist er am 7. Mai 1833 als zweiter Sohn eines Hornisten bei der Bürgerkapelle geboren und wuchs aus sehr bescheidenen Verhältnissen heraus.

Grundfähliches sei vorangestellt

Grundfähliches sei vorangestellt: Symbolisch wirkte die Brahms-Bühne, die „sauber“ bronzierte, vor einem mit Stoff- oder Papierblumen, blauen, roten, gelben, violetten geschmückten Strang aus Tannenzweigen.

Prost! riefen. Also, obwohl viele sich gefoppt fühlende Bekleidete, wegen der „Feier“, fühlten, andere schlüpfen, waren ganz lustig und man fand, wie schon das eine Beispiel zeigt, nicht selten, daß kein Anteil mit den Geschehnissen genommen wurde.

Am dritten Abend war das „Geistliche Wagnis“ von Fräulein Paula Weber ein richtiges „Wagnis“. Die letzte Nummer brachte mit Oskar Vogt und Paul Zschalig, die beide das „Wagnis“-Quartett im Klang erfreulich heraus.

Außerhalb des Rahmens brachte die Karlsruhe-Georgengemeinschaft ein deutsches Requiem von Brahms zur guten Wiedergabe unter respektabler Leitung von Professor Dr. Schmidt, der sich redlich bemühte.

Wie wir schon bemerkten, hat Brahms oft in Baden gewohnt; so entstand der größte Teil des Requiems in Karlsruhe und Baden-Baden. Der Generalmusikdirektor Mendt, genannt der „alte Mendt“, und seine hochbetagte, in geistiger Hinsicht hier lebende Schwester Kathlida gehörten seinem Freundeskreise an.

Am Eröffnungsabend hörte man zunächst das später überarbeitete Jugendwerk, das „Duo-Liturgie“ mit langwieriger Schönheit gespielt von Dr. Karl Brüdner (Violine), Paul Trautberger (Cello) und dem stärksten hiesigen pianistischen Talent Elisabeth Moritz, die aber im frühen Vorwärtstreben oft ihre Spielgenossen deckt.

Am Samstag beugte man sich vor ihm in Demut, obwohl nicht alles Befehlung amete.